

Neonazis in Münster



**Dokumentation
der VVN-
Bund der Antifaschisten
Münster-Münsterland**



INHALTSVERZEICHNIS

NAZIS - GIBT'S DIE NOCH?	1
- Jungnazis in Aktion	1
- Neonazis immer militanter	4
- Sprengstoffanschlag in Nottuln	6
- Konzentration auf die Gewinnung der Jugend	6
- Münsteraner Nazizeitung „Der Pfeil“	9
- Verhöhnung von Opfern des Faschismus	11
- Bedrohungen gegen Münsteraner Bürger	12
- Nazis bedrohen Christoph Sann	14
- Zweimal vorgemerkt: Berufsverbot für einen Demokraten	17
REAKTION AUF NEONAZISTISCHE AKTIVITÄTEN IN MUNSTER	22
- Besorgte Antifaschisten besuchen OB	23
- Rechts gleich Links? Mörder gleich Opfer?	25
- WN: Neonazis als Menschenrechtler?	27
- Keine Rechtsgrundlagen zum Vorgehen gegen Neonazis?	29
- Grundgesetz Artikel 139	30
- Potsdamer Abkommen	30
- Gesetz Nr.2 des Alliierten Kontrollrates	31
- Antifaschisten verurteilt	33
- Staatsanwaltschaft ging in Berufung	33
- Verfahren gegen Neonazis eingestellt	35
NEONAZIS AN DER UNI	36
- Der „Ring freiheitlicher Studenten“ („RFS“)	36
- Der „Fall“ Wilhelm R.	38
- Der „Fall“ Klaus M.	39
- Verharmlosung des Faschismus	39
DIE VVN - BUND DER ANTIFASCHISTEN STELLT SICH VOR	42

Nazis, gibt's die noch?

Diese Frage wird sich vielleicht manch einer stellen, wenn besorgte Bürger und politische Organisationen auf die sich steigernden Aktivitäten neonazistischer Gruppen hinweisen.

Viele Bürger sind nicht in ausreichendem Maße über die Fülle der neonazistischen Umtriebe in unserer Umgebung informiert. Offizielle Stellen - auch in Münster - behaupten zudem immer wieder, der Rechtsextremismus stelle „keine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik“ dar, und nähren so die noch weit verbreitete Haltung, bei den Neonazis handele es sich um einige wenige „Spinner“, die man nicht unnötig aufwerten solle.

Um diesen Meinungen und Behauptungen entgegenzutreten, soll zunächst - allerdings ohne Anspruch auf Vollständigkeit - das konkrete Ausmaß der neonazistischen Aktivitäten in Münster und Umgebung im Zeitraum von 1977-1979 dargestellt werden.

JUNGNAZIS IN AKTION

Verstärkt setzte das provokatorische Auftreten der Neonazis im Raum Münster etwa Anfang 1977 mit Informationsständen und Kundgebungen der Jungen Nationaldemokraten (JN) und der NPD sowie vor allem mit Hakenkreuzschmierereien im, ganzen Stadtgebiet ein.

Nicht nur an Telefonhäuschen und Stromkästen, sondern auch an Gebäuden wie zum Beispiel dem Rathaus fanden sich Parolen der Neonazis. In der illegalen „NSDAP“-Zeitung „Wille und Weg - Nationalsozialistische Reichszeitung“ bekannten sich Neonazis offen zu dieser Tat:

„Die jüngeren Mitglieder aus dem Gau wurden an einem Wochenende zur körperlichen Ertüchtigung angehalten. 16 Parteimitglieder bis zu 25 Jahren unternahmen einen Nachtmarsch und legten 44 Kilometer zurück ... Alle Teilnehmer erreichten das Ziel. Be-



Schmierereien am Gebäude des Regierungspräsidenten am Domplatz am 26. Januar 1978

sucher und Passanten konnten in Münster am Rathaus ein leuchtendes Hakenkreuz bewundern, das erst am Nachmittag des gleichen Tages entfernt wurde." (Wille und Weg 9/77)

Doch nicht genug. Im September 1977 war auf einer mehrere Meter breitem Spruchband an, Münsteraner Uni-gebäude „Deutschland erwache“ zu lesen und ein Hakenkreuz zu sehen. Auf dem jüdischen Friedhof wurden kurze Zeit später Grabsteine umgeworfen und beschädigt. Auch das Gebäude des Regierungspräsidenten am Domplatz wurde im Januar 1978 mit NS-Parolen beschmiert.

Zum 40. Jahrestag der „Reichskristallnacht“ im November 1978 sprühten Neonazis Hakenkreuze, SS-Runen und Heil-Hitler-Parolen an das Gebäude des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität und der Katholischen Studentengemeinde.

Die NS-Schmierereien erreichten in unserer Umgebung ein solches Ausmaß, daß sie im Bericht des Innenministers über „Rechts- und Linksextremismus in NRW“ aus dem Jahre 1978 ausdrücklich hervorgehoben werden. Dort heißt es:

„Neben einer Vielzahl weiterer NS-Schmierereien im Verlauf des Jahres 1977 in anderen Teilen Nordrhein-Westfalens kam es auch im Münsterland - insbesondere um die Jahreswende 1977/78 wiederholt zu neonazistischen und antisemitischen Aktionen. So wurden in der Nacht zum 24. Dezember 1977 die Hauswand eines Geschäftes in Münster, in der darauf folgenden Nacht die gesamte Hausfront des Institutum Judaikum der Universität Münster beschmiert. In der Nacht zum 26. Dezember sprühten unbekannte Täter an die Straßenfront des Rathauses in Billerbeck neonazistische und antisemitische Hetzparolen. Ähnliche Schmierereien stellte man zur gleichen Zeit in Havixbeck fest.“ (S.13)



Nazischmierereien am Gebäude der Katholischen Studentengemeinde, Frauenstr. 7, angebracht in der Nacht zum 9. November 1978, dem 40. Jahrestag der sogenannten „Reichskristallnacht“

NEONAZIS IMMER MILITANTER

Da die Behörden entgegen ihrer gesetzlichen Verpflichtung nichts unternahmen, konnten die Neonazis ungehindert weiteragieren und immer frecher und aggressiver auftreten.

Mittlerweile sind sie zu offenen Gewaltandrohungen und Angriffen auf demokratische Organisationen und Institutionen wie auch Einzelpersonlichkeiten übergegangen. Das zeigen Drohungen durch nächtliche Telefonanrufe an Mitglieder der jüdischen Gemeinde Münsters wie auch die Zerstörung der Fensterscheiben der Büros der Jungsozialisten - Arbeitsgemeinschaft Münster-Nord und der DKP im Jahr 1978.

Über Drohungen gegenüber einzelnen Bürgern aus der Münsteraner Umgebung sagt der genannte Bericht des Innenministers von NRW aus:

„In Münster brachten in der Nacht zum 31. Dezember 1977 Unbekannte am Ladenlokal des Vorsitzenden der jüdischen Kultusgemeinde mehrere Aufkleber an, die ein Hakenkreuz und den Text „Kauft nicht bei Juden - Wir sind da“ enthielten. In der Nacht zum 7. Januar 1978 wurde das Billerbecker Rathaus erneut beschmiert. Eine Vielzahl von Mitgliedern des Stadtrates von Billerbeck und der Redakteur der Münsterschen Zeitung in Coesfeld erhielten Drohbriefe mit Trauerrand. Es handelte sich um Fotokopien, deren obere Hälfte einen Totenkopf mit gekreuzten Knochen, auf der Stirn die Todesrunne, und deren untere Hälfte das Hakenkreuzbanner mit dem Aufdruck „NSDAP“ sowie in Druckbuchstaben den Namen des jeweiligen Empfängers mit dem Wort „Verrecke“ aufweisen.“ (S.13)



Nazischmiererei am Institut für Kriminalwissenschaften, angebracht in der Nacht zum 9. November 1978

An den Informationsständen der NPD und der JN in der Münsteraner Innenstadt wurden protestierende Antifaschisten mehrmals von den jungen Nazis, die mit gefährlichen Schlaginstrumenten ausgestattet sind, beschimpft und tätlich angegriffen. Hierbei tat sich besonders der Münsteraner Jungnazi und Student Michael Bolle hervor.

NEONAZISTISCHER SPRENGSTOFFANSCHLAG IN NOTTULN

Doch die Neonazis blieben nicht bei verbalen Drohungen stehen. Sie bedienen sich zunehmend offen terroristischer Methoden. Dies verdeutlicht vor allem auch der Sprengstoffanschlag auf den Longinusturm in Nottuln im Januar 1979, mit dem versucht werden sollte, die im Fernsehen ausgestrahlte Einführungssendung über „Holocaust“ zu verhindern. Daß die Neonazis für derartige Angriffe bestens gerüstet sind, belegen Waffenfunde, die Ende Januar 1978 in Ostwestfalen gemacht wurden. Insbesondere im Kreis Höxter entdeckte die Polizei Berge von Gewehren, kiloweise hochbrisanten Sprengstoff, Maschinenpistolen und große Mengen von Munition bei rechtsradikalen Mitgliedern sogenannter Wehrsportgruppen. Zu vermuten ist, daß es noch mehr derartiger Fälle gibt, die nicht bekannt sind.

KONZENTRATION AUF GEWINNUNG DER JUGEND

Um Anklang in der Bevölkerung und insbesondere bei der Jugend zu finden, sind die Neonazis gezwungen, ihre wahren Ziele und Absichten zu verschleiern oder gar zu verschweigen.

Ihre extreme Demokratiefeindlichkeit, ihr Antisemitismus und ihre Schläger- und Terrormethoden werden deshalb nicht gleich jedermann deutlich.

So wie die Nationalsozialisten damals lange Zeit versucht haben, durch antikapitalistische Losungen und demagogische Versprechungen gerade die unterprivilegierten und unzufriedenen Teile der Bevölkerung anzusprechen, versucht man offensichtlich auch heute wieder vorzugehen.

Es ist hierbei nicht nur für die Münsteraner Neonazis charakteristisch, daß man sich bei der Gewinnung von Masseneinfluß auf die Jugend und innerhalb dieser Gruppe vor allem auf die Schüler konzentriert. In einer wissenschaftlichen Untersuchung zum Thema Schuljugend und Neofaschismus heißt es hierzu:

„Junge Menschen, die sich abseits der Gesellschaft befinden und das Gefühl haben, von Politikern, Gewerkschaften und sonstigen Institutionen im Stich gelassen zu werden, erweisen sich als besonders gefährdetes Rekrutierungsfeld faschistischer Ideen. Für sie, die vermeintlich vergessenen und verdrösten, stellen nazistische Kampfpaparen und Drohungen gegen die demokratische Ordnung so etwas wie eine positive Perspektive dar. Ihre zerrüttete wirtschaftliche Basis, die fehlende existentielle Sicherheit gibt somit der ideologischen Anfälligkeit zahlreicher Jugendlicher erst die reale Motivation, den Nährboden zum rechtsextremistischen Handeln.“

(zit. nach: H. Castner/T. Castner, Schuljugend und Neofaschismus - ein akutes Problem politischer Bildung, in: „aus politik und zeitgeschichte“, B 44/78, S.43)

Wie sehr es gerade die JN versteht, an Stimmungen der Perspektivlosigkeit und Unzufriedenheit inner halb großer Teile der Jugend anzuknüpfen zeigt die Aufschrift eines auch in Münster verteilten Werbeblattes:

„Jugend 78 - Arbeitslos? Ohne Lehrstelle? Straße Alkohol, Drogen, Kriminalität? Komm zu uns!“

SCHÜLER & AZUBIS: KOSTENLOS — BERUFSTÄTIGE: 50 PF — BONTEN & PARASITEN: 1,- DM

JUN DER PFEIL

PROF. SSAN — in München

Keine Lektüre für Bonzen und Parasiten!

NR. 14-15/78 3. JAHRGANG AUFLAGE 5000



STOP

DER

UMWELTZERSTÖRUNG!

MÜNSTERANER NAZIZEITUNG: DER PFEIL

In Münster ist das Hauptpropagandamittel der JN die Jung-Faschistenzeitung „Der Pfeil“. Diese von dem Münsteraner JN-Kreisvorsitzenden Andreas Nippoldt, herausgegebene Zeitung wird speziell für Schüler gemacht und in einer Auflage von 5.000 Exemplaren kostenlos und ungehindert vor den Schulen verteilt. Schon mit dem Untertitel dieser Zeitung „Keine Lektüre für Bonzen und Parasiten“ versucht man, sich den uninformierten Schülern anzubiedern. Mit Artikeln wie „Rettet die Rieselfelder!“ und „Die Motorradecke“ sowie der ständig unterstrichenen Atomkraftgegnerschaft gibt man sich einen kritisch-harmlosen Anstrich. Bislang hat sich weder eine Schulleitung noch eine Schulbehörde noch die Stadt veranlaßt gesehen, dieses Treiben zu unterbinden.

Für viele Schüler ist auf den ersten Blick nicht erkennbar, um was für eine Zeitung es sich handelt. Geschickt verpackt in aktuelle Themen tauchen im „Pfeil“ jedoch immer wieder politische Parolen auf wie „Freiheit für Rudolf Heß“ - das heißt also Freiheit für den Stellvertreter Hitlers und einen Hauptkriegsverbrecher, der vom internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg wegen seiner Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

Für den Pfeil - wie für die neonazistische Presse und Propaganda insgesamt - gilt, daß sie unter der Jugend nur dann Anhänger finden, wenn es ihnen gelingt, die Verbrechen des Faschismus zu leugnen. Ein ehemaliges Mitglied der Jungnazis, der aus der Naziszene „ausgestiegen“ ist und im Mai 1979 in einer Fernsehsendung zu Wort kam, hat dies noch einmal ausdrücklich bestätigt. Solange der deutsche Faschismus mit den Verbrechen der Zeit von 1933-1945 identifiziert wird, sind seine Möglichkeiten, Menschen für sich und seine Ziele zu gewinnen, gering. Erst wenn es gelingt, den großenteils uninformierten Schülern vorzulügen, es habe kein Auschwitz, keine Gaskammern, keinen Massenmord gegeben, sind sie „sturmareif“ für die nazistische Ideologie.

„PFEIL“ ZU HOLOCAUST

Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist die Reaktion des „Pfeil“ auf die Sendung „Holocaust“ besonders interessant. In Nr. 17/1979 heißt es:

„Die Sendung 'Holocaust' stellt eindeutig den Tatbestand der Völkerverhetzung dar. Das hirnverbrannte Machwerk 'Holocaust'... Geradezu pervers aber ist die Tatsache, daß die Meinungsmacher des Deutschen Fernsehens hohe Summen deutscher Steuergelder für Ankauf und Ausstrahlung eines derart verlogenen, nur niedrigste und pathologische Instinkte ansprechenden Polit-Streifens verwenden, um damit das eigene Volk zu diffamieren.... Was 'Holocaust' ist, wird trotz 'deutscher' Frisierung für den Hausgebrauch allzu deutlich: die völkerrechtswidrige moralische Weiterführung des Krieges gegen Deutschland ... Der Film ist ein niederträchtiges und heimtückisches Machwerk, um das deutsche Volk zu diffamieren und im Schuldurm erpreßbar zu halten ... Gerade in den USA hält man es für notwendig, weltweit eine. antideutsche Haßwelle anzuheizen“ usw., usw.,

Die „Argumentation“ ist primitiv: Alle Völker haben im Krieg - quasi „notgedrungen“ - Verbrechen begangen. Der Holocaust ist eine Erfindung der Siegermächte, insbesondere der USA, um das deutsche Volk politisch niederzuhalten. Ein Foto auf der gleichen Seite soll den Schülern weismachen, die schlimmsten Verbrechen seien von den Siegermächten an den Deutschen verübt worden. Unter dem Bild eines Leichenberges steht:

„6 Millionen ermordete Deutsche ohne Sühne, davon 250.000 des Holocaust von Dresden. Verantwortlich: Prof. Dr. Bolko Freiherr von Richthofen, Paosoststraße 2, 8000 München 60“

VERHÖHNUNG VON OPFERN DES FASCHISMUS

In anderen Publikationen werden die Naziverbrechen nicht nur geleugnet, sondern die Opfer des Faschismus in unerträglicher Weise verhöhnt. Die auch in Münster von Neonazis verbreiteten Lügenpamphlete „Starben wirklich 6 Millionen?“ von R. Harwood und „Die Auschwitz-Lüge“ von dem ehemaligen SS-Mann Thies Christophersen verfaßt, machen dies zu ihrem Hauptanliegen. Ein Zitat aus dem 'Lagerleben' in Auschwitz a la Christophersen:

„Mir fiel auf, wie elegant unsere Häftlinge gekleidet waren. Zwar mußten sie ihre Sträflingskleidung tragen, aber ihre Wäsche, Strümpfe und Schuhe waren einwandfrei und tipp topp. Auch an Schönheitspflege fehlte es nicht. Lippenstift, Puder und Schminke gehörten zu den Utensilien der weiblichen Häftlinge...“ (Die Auschwitz-LÜge, S.22)

Ein größeres Ausmaß an Verhöhnung der Opfer des Faschismus kann man sich wohl kaum vorstellen.

Deutlicher noch als in ihrer Propagandaschrift „Der Pfeil“ wird der Zusammenhang zwischen den Münsteraner Jungnazis und der, Nationalsozialismus an ihren Taten. Dies zeigt besonders der Fall Antifaschisten Christoph Sann aus Münster.

NEOFASCHISTISCHE BEDROHUNGEN UND ANGRIFFE GEGEN MÜNSTERANER BÜRGER AM BEISPIEL VON CHRISTOPH SANN

Die Erlebnisse und Erfahrungen des Münsteraner Bürgers Christoph Sann veranschaulichen deutlich das Ausmaß offener Gewaltandrohungen und Angriffe gegen Demokraten unserer Stadt durch Neonazis:

Am 20. August 1977 prangte - wie oben erwähnt an der Stirnseite des Münsteraner Rathauses neben der Inschrift „Friedenssaal“ ein großes Hakenkreuz. Während viele Passanten vorübergingen und sich auch die Stadtverwaltung nicht dafür verantwortlich fühlte, wurde Chr. S. beim Pförtner des Rathauses, bei der Verwal-

Sofortiger Protest bewirkte nichts

Münster. Zu den Hakenkreuzschmierereien am Rathaus wird uns geschrieben:

„Beim Einkaufen am Samstag gegen 13 Uhr glaubte ich meinen Augen nicht trauen zu können: An der Stirnseite des Rathauses, zwischen den beiden Portalen, prankte ein großes Hakenkreuz. Für alle Bürger dieser Stadt eine ungeheure Provokation, dieses Symbol des Faschismus — direkt neben der Inschrift „Friedenssaal“. Mir fielen dabei Bilder des völlig zerstörten Münsters von 1945 ein.

In finde es empörend, daß die Verantwortlichen dieses Schandmal nicht

umgehend morgens entfernen ließen. Und es stimmt mich nachdenklich, daß mein sofortiger Protest beim Pförtner nichts bewirkte und ich erst zahlreiche Ratsmitglieder direkt anrufen mußte, um etwas zu erreichen. Nach meinen Anrufen wurden dann einige von ihnen aktiv und ließen das Hakenkreuz von der Feuerwehr am Spätnachmittag entfernen. Verstärkte Aktivitäten von Neonazis in letzter Zeit, Filme, die ein verharmlosendes Bild vom Nationalsozialismus zeichnen, sollen Anlaß zu mehr Wachsamkeit sein und Grund genug sein, solche Aktivitäten wie jetzt nicht zu verharmlosen.“

Christoph Sann

23.8.1977: Leserbrief in der „Münsterschen Zeitung“

tung und bei Ratsmitgliedern aller Fraktionen mit der Forderung vorstellig, die Nazischmierereien unverzüglich zu entfernen. Am Ende einer langen Telefon-Odyssee, am Spätnachmittag endlich, kam dann die Feuerwehr, um das Terrorsymbol am Rathaus zu entfernen.



Drohung vor dem Haus von Christoph Sann am 8.9.1977

Chr. S. berichtete über seine Erfahrungen anschließend in einem Leserbrief in der Münsterschen Zeitung (MZ) vom 23.8.1977, wobei er vor allem zu der Zurückhaltung der Münsteraner Behörden Stellung nahm.

NAZIS BEDROHEN CHRISTOPH SANN

Das Mutige Einschreiten Sanns gegen die Provokationen der Neonazis beantworteten diese auf ihre Weise:

Drei Wochen nach Erscheinen seines Leserbriefes wurde Chr. S. nachts um drei Uhr telefonisch bedroht und u.a. mit „Du Judenbüttel, guck mal auf die Straße, Heil Hitler!“ beschimpft. Auf dem Bürgersteig vor seiner Haustür war in großen Lettern gesprüht: „C.S. Strolch! Du bist vorgemerkt!“ unterzeichnet mit Hakenkreuz und SS-Runen.

Ch. S. erstattete umgehend Strafanzeige wegen Beleidigung und Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Doch das eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde nach 4 Monaten „mangels Aussicht auf Erfolg „ von der Staatsanwaltschaft Münster eingestellt.

Auch erfolgte keine umgehende Entfernung der NS-Parolen auf dem Bürgersteig. Die Stadtverwaltung erklärte sich für „nicht zuständig“. Man verwies Ch. S. an eine Privatfirma, die er auf seine Kosten beauftragen könne. Erst nach weiteren Protesten Münsteraner Bürger und erneuter Vorsprache bei Ratsmitgliedern wurden die Bürgersteigplatten ausgewechselt.

C.S. - DU BIST VORGEMERKT!

Die Gefährlichkeit der Neonazis zeigt besonders deutlich ein bei der Münsteraner Staatsanwaltschaft anhängiges Ermittlungsverfahren gegen den Münsteraner Zeitsoldaten und Neonazi Richard Taube:

Im Februar 1978 wurde bei Taube eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Dabei fand die Polizei handschriftliche Aufzeichnungen des Taube, auf denen sämt-

Reinhold Schmidt

Lesebrief 18.8.77 MZ widerspricht dem Lesebrief
von R. Lörche

Peter Kaiser

Lesebrief 18.8.77 MZ widerspricht Lesebrief von
R. Lörche

Christoph Saun

Lesebrief 23.8.77 MZ Proteste gegen Plackat-
wurm auf Rathaus

Münster Presse vom SPD-Unsturz im Uhr

Red: U. Fiegebaum

K -D Franke

U Groth

H D Hartner

C Jung

E Küchenhoff Auszug aus der "Schwarzen Liste", die
von der Polizei bei einer Hausdurch-

V Richter Taube am 1.2.1978 sichergestellt wurde.

R Steingrube

B Wolzen-Göthe

D Buse (verantwortlich)

Ch Schaffersicht

1400 Münster Friedrich-Ebert-Str. 47

Berichtet über NS-Aktionen vom 20.8.77

dem Lesebrief Saun's und dem weiteren

Verlauf ab "Falken", Saun^u

liche in den Münsteraner Zeitungen erschienenen Stellungnahmen zu den Bedrohungen gegen Ch. S. und deren Verfasser eingetragen waren. Unter anderer waren hier die Namen von zehn Münsteraner Sozialdemokraten aufgeführt, mit dem Vermerk, daß die SPD-Zeitung „Münster-Presse“ über den Fall Christoph Sann berichtet habe.

Obwohl für die Polizei der Verdacht naheliegen mußte, daß Taube an den Drohungen gegenüber Ch. S. beteiligt sein könnte, stellte sie das Ermittlungsverfahren gegen Taube - ohne weitere Recherchen anzustellen - zunächst ein. Erst auf Anordnung des Justizministers von NRW mußte dieses Verfahren erneut aufgenommen werden.

NAZIPOSTKARTE AN CH.SANN

Durch das unentschlossene Verhalten der offiziellen Stellen Münsters fühlten sich die Neonazis in ihren Aktivitäten offensichtlich mehr bestärkt als beeinträchtigt; denn am 23.12.78, zwei Tage vor dem Weihnachtsfest, erhielt Ch. S. eine Karte mit Hakenkreuz und dem nebenstehenden Text: „Frohes Fest in der Gaskammer. NSDAP, Gau Westfalen, OG Münster, Z 4.

Angesichts solcher massiven Bedrohungen und Angriffe durch die Nazis erwartet jeder Bürger ein entschiedenes und schnelles Handeln der verantwortlichen Stellen im Sinne des Auftrages des Grundgesetzes, neofaschistische Aktivitäten zu verhindern und Demokraten und Antifaschisten vor den Angriffen der Neonazis zu schützen. Diese Erwartungen konnten die verantwortlichen Stellen der Stadt nicht erfüllen. Weder störte das ans Rathaus geschmierte Hakenkreuz Verwaltungsbeamte die tagsüber im Rathaus ein- und ausgingen, weder sah man sich veranlaßt, dieses zu beseitigen, noch sah man sich genötigt, gegen die Bedroher des Ch. Sann in entsprechender Weise zu ermitteln.

22.12.1978

FROHE WEIHNACHTEN
UND DIE BESTEN WÜNSCHE
ZUM NEUEN JAHR

Frehes Fest
in der Gaskammer!

NSDAP
Gau Westfalen
OG Münster
Z 4

Innenseite der „Weihnachtskarte“ an Christoph Sann

ZWEIMAL VORGEMERKT - BERUFSVERBOT FÜR EINEN DEMOKRATEN

Vorgemerkt ist Sann nicht nur in der schwarzen Liste der Neonazis. Vorgemerkt ist Sann als aktiver Demokrat und Antifaschist auch beim Regierungspräsidenten. Sann, von Beruf Grund- und Hauptschullehrer mit 1. Staatsexamen (Note: sehr gut) und 2. Staatsexamen (Note: gut) bekam am 16. November 78 vom Regierungspräsidenten eine schriftliche Mitteilung:

„Ihrer Einstellung in den öffentlichen Grund- bzw. Hauptschuldienst stehen Bedenken gem. § 6 Landesbeamtengesetz (LBG) entgegen...“

Und unter dem im Vokabular der Kriminalpolizei üblichen Begriff „Erkenntnisse“ wird aufgeführt:

Vermutete DKP-Mitgliedschaft („zumindest im Jahre 1975“) sowie zwei Wahlkandidaturen für den Marxistischen Studentenbund Spartakus vor drei bzw. vier Jahren.

Das Verfahren ist ungewöhnlich. Denn entgegen der allgemeinen Praxis wurde die Bewerbung von Ch. Sann erst gar nicht an das Kultusministerium des Landes weitergeleitet. Begründung des Regierungspräsidenten: Damit der Kandidat nicht etwa „irrtümlich“ in den öffentlichen Schuldienst aufgenommen werde. Also: Vorgemerkt, als unerwünscht abgestempelt, abgehakt: Gegen Ch. Sann liegt etwas vor. Es heißt, daß er nicht die Gewähr dafür biete, jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung einzutreten.

Zynisch klingt die Begründung in einer Stadt, in der derjenige, gegen den sie gerichtet ist seine demokratische Grundpflicht wahrgenommen und sich gegen die neofaschistischen Aktivitäten eingesetzt hatte, noch bevor auch nur eine offizielle verantwortliche Stelle ein Einschreiten für erforderlich angesehen hatte.

Ist es Zufall oder hat es System, daß sich das staatlicherseits ausgesprochene Berufsverbot gerade gegen einen so einen engagierten Verteidiger des Grundgesetzes richtet?

In einem Brief schreibt der Kultusminister an Sann:

„Zunächst möchte ich bemerken, daß ich die von Ihnen erwähnten gegen Sie gerichteten Aktionen ebenfalls keinerlei Verständnis habe und diese darüber hinaus tief bedaure. Gleichzeitig darf ich aber darauf hinweisen, daß die fraglichen Vorgänge in keinem irgendwie gearteten Zusammenhang mit der Behandlung Ihres Antrages auf Einstellung in den öffentlichen Schuldienst des Landes Nordrhein-Westfalen steht.“

Was heißt das „zunächst“ und „in keinem irgendwie gearteten Zusammenhang“?

Der Literat Alfred Andersch bemerkt in seinem Gedicht „Artikel 3, Absatz 3“: „Wer rechts ist/grinst/Ein Volk/von Exnazis/und seinen Mitläufern/betreibt schon wieder/seinen Lieblingssport/die Hetzjagd/auf Kommunisten/Sozialisten/Humanisten/Dissidenten/Linke“.

Trotz der Beteuerung des Ministers, zwischen dem Berufsverbot und den antifaschistischen Aktivitäten Ch. Sanns bestünde kein Zusammenhang, bleibt als Sachverhalt festzustellen, daß kein entschiedenes Vorgehen der Behörden gegen neonazistische Aktivitäten zu erkennen ist, daß dagegen ein engagierter Demokrat und Antifaschist Berufsverbot erhält.

Die Verfolgung von Antifaschisten durch die Berufsverbotepraxis der Behörden bestärkt die Neonazis in ihrem Vorgehen und gibt ihnen Auftrieb. Der Abbau demokratischer Rechte, so muß die Praxis der Berufsverbote beurteilt werden, hat seine geschichtliche Komponente in den Geschehnissen der Weimarer Republik, wo ebenfalls durch den kontinuierlichen Abbau dieser Rechte und Verunglimpfung demokratischer Grundwerte der Boden für den Faschismus bereitet wurde.

Die Praxis der Berufsverbote, verbunden mit der Bespitzelung der Bürger durch den Verfassungsschutz, erzeugt Angst, erzieht zu Duckmäusertum und schafft somit eine Atmosphäre, in der konsequentes Einschreiten gegen das Auftreten neofaschistischer Aktivitäten erschwert ist.

ARBEITSGERICHT GAB CHRISTOPH SANN RECHT

Dennoch hat das Beispiel Ch. Sann auch schon gezeigt, daß massives Vorgehen gegen jedes einzelne Berufsverbot trotz aller damit verbundenen Probleme durchaus Erfolge zeitigt: Das Arbeitsgericht Münster, vor dem Ch. Sann auf Einstellung in den Schuldienst klagte, gab ihm Recht. Christoph Sann mußte demnach eingestellt werden. Das Land NRW jedoch will das Urteil nicht akzeptieren, es ging in die Berufung, um das Berufsverbot für Christoph Sann doch noch durchzusetzen. Nur eine breite Solidaritätsbewegung mit Ch. Sann wird dies verhindern und den ersten Erfolg vor dem Arbeitsgericht Münster sichern können.





Reaktionen auf neonazistische Aktivitäten in Münster

Angesichts des Ausmaßes neonazistischer Aktivitäten in Münster und Umgebung sollte man eigentlich meinen, daß die Behörden und politisch Verantwortlichen ihrerseits bereit sind, einen wirkungsvollen Beitrag zur Bekämpfung neonazistischer Umtriebe zu leisten.

Im November 1978, aus Anlaß des 40. Jahrestages der sogenannten „Reichskristallnacht“, besuchte eine Delegation bestehend aus Mitgliedern mehrerer demokratischer Organisationen Münsters, wie z.B. der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN), dem Bund demokratischer Wissenschaftler, der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und der Vereinigung demokratischer Juristen den Oberbürgermeister der Stadt Münster, Dr. Pierchalla (CDU).

BESORGTE ANTIFASCHISTEN BESUCHEN OBERBÜRGERMEISTER

Anlaß dieses Besuches war die Übergabe von mehr als 1.000 Unterschriften Münsteraner Bürger. Der OB und der Rat der Stadt Münster wurden aufgefordert, entschieden gegen die Neonazis vorzugehen. Im einzelnen lauteten die unterschriebenen Forderungen

1. Grundsätzliches Verbot von Aufmärschen und Informationsständen der Neonazis in unserer Stadt.
2. Umgehende Entfernung der nazistischen Schmierereien.
3. Verbot der Verbreitung nazistischen Schrifttums, insbesondere an den Münsteraner Schulen.
4. Durchführung einer öffentlichen Ratssitzung, die sich mit den neofaschistischen Aktivitäten in Münster befaßt.

Die Reaktion des Oberbürgermeisters war überraschend und erschreckend zugleich. Kaum hatten sich die einzelnen Mitglieder der Delegation namentlich und mit Organisationszugehörigkeit vorgestellt, „begrüßte“ er sie seinerseits mit dem Satz: „Und Sie sind alles Kommunisten?“ Mit dieser Eingangsfrage sollte die Delegation von vornherein diskreditiert und der Inhalt der Forderungen herabgespielt werden. Pierchalla erklärte dann auch unverzüglich, er wolle sich nicht als „nützlicher Idiot“ vor den Karren der Kommunisten spannen lassen. Auf den Einwurf, schließlich hätten binnen kürzester Zeit 1.000 Münsteraner Bürger diese Forderungen unterstützt, erwiderte Pierchalla, es sei überhaupt kein Problem, in Münster Unterschriften zu sammeln, man brauche sich nur an „irgendeine Straßenecke“ zu stellen.

Nach Pierchallas Meinung sind offensichtlich die 1.000 Münsteraner Bürger, die aus Sorge um die neonazistischen Aktivitäten in ihrer Stadt ihre Unterschrift gaben, dümmliche Kreaturen, die alles unterschreiben.

Um Neonazis und Rotfaschisten . . .

. . . ein Rededuell zwischen Oberbürgermeister Dr. Pierchalla und Ratscherr W. Schäfer

RTS. Münster. Schon die äußeren Umstände waren ungewöhnlich: Oberbürgermeister Dr. Werner Pierchalla gab gegen Ende der öffentlichen Ratsitzung den Vorsitz an Bürgermeister Franz Reuter ab, um eine Anfrage seines Kollegen Wolfgang Schäfer (SPD) zu beantworten.

Schäfer hatte Bezug auf „Berichte“ genommen, denen zufolge der Oberbürgermeister am 15. November 1978 eine Delegation, die rund 100 Unterschriften gegen neonazistische Aktivitäten in Münster überreichte, mit den Worten „Und Sie sind alles Kommunisten?“ begrüßt haben soll. Der SPD-Ratscherr fragte, ob diese Berichte — u. a. abgedruckt in einem Mitteilungsblatt der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) — zuträfen und wollte wissen, ob für den Oberbürgermeister „alle, die sich wegen der ständig wachsenden Aktivitäten neonazistischer Gruppen in Münster ernsthaft Sorgen machen, ‚Kommunisten‘ sind?“ Und weiter: „Halten Sie eine solche Auffassung für geeignet, der Gefahr des Rechtsradikalismus zu begegnen, oder leugnen Sie diese Gefahr?“ Wenn nein, wie stellen Sie sich dem Einsatz der Stadt im Kampf gegen den Neo-Nazismus vor?“

Dr. Pierchalla bestätigte, daß ihm am 15. November 1978 von „einer jungen Frau und vier jungen Männern“ 70 Blätter mit Unterschriften vorgelegt worden seien, auf denen u. a. ein grundsätzliches Verbot von Nazi-Aufmärschen in Münster und der Verbreitung nazistischen Schrifttums insbesondere an den Schulen sowie eine öffentliche Ratsitzung über die neonazistischen Aktivitäten in Münster gefordert wurde. Er habe, so Dr. Pierchalla, die Delegation nach der Zugehörigkeit zu Organisationen gefragt („Eine Antwort erhielt ich nicht“) und sich dann konkret nach der eventuellen Zugehörigkeit zu „einer

kommunistischen Tarnorganisation oder einer kommunistischen Gruppe“ zu erkundigen. Wie Dr. Pierchalla dazu ergänzend der MZ sagte, habe er unter den Unterschriftenblättern auch solche der kommunistisch gelenkten „VVN“ gefunden, weshalb er sich nicht zuletzt zu dieser Frage berechtigt gefühlt habe.

Dr. Pierchalla weiter: „Ich informierte die Teilnehmer kurz über die rechtlichen Möglichkeiten des Rates und der Verwaltung, gegen Neonazisten vorzugehen, und bat sie, sich bei der Bundesregierung für bessere Gesetze für die Bekämpfung des Rechts- und Linksradikalismus einzusetzen.“ Die Unterschriftensammlung brachte der Oberbürgermeister umgehend dem Rat zur Kenntnis.

In seiner mehrfach von starkem Beifall aus den Reihen v. a. CDU und FDP unterbrochenen Erklärung sagte Dr. Pierchalla weiter, er gehe davon aus, daß nicht nur Ratscherr Schäfer, sondern alle Ratsmitglieder die Sorge um neonazistische Aktivitäten teilen. Er erwarte aber auch, daß sich alle gleichermaßen um „rotfaschistische Aktivitäten“ sorgten. Er spreche Kommunisten das Recht ab — so Dr. Pierchalla zur Begründung seiner Frage an die Delegation —, „mit heuchlerischer Miene mich als Mitkämpfer gegen den Neonazismus zu gewinnen, während sie gleichzeitig gegenüber der kommunistischen Gewalt Herrschaft in großen Teilen der Erde schweigen, ja, sie aktiv unterstützen. ‚Nützliche Idioten‘ haben die Kommunisten in ihrer Geschichte genügend gefunden.“

Bevor der Oberbürgermeister seine persönliche „antirassistische Einstellung“ darlegte, erklärte er, die Rat und Verwaltung gegebenen rechtlichen Möglichkeiten gegen Aktivitäten von Neo-Nazis würden voll ausgeschöpft. Es gehe darum, in Bonn für eine bessere gesetzliche Grundlage der Bekämpfung des po-

litischen Radikalismus von rechts und links zu sorgen.

Mit außerordentlicher innerer Bewegung („Was ich jetzt erkläre, habe noch niemandem erklärt“) setzte sich Dr. Pierchalla dagegen zur Wehr, daß „durch diese Anfrage meine antirassistische Einstellung im Zweifel gezogen werden soll“: In Oberprima sei er fünfmal wegen seiner führenden Tätigkeit in der katholischen Jugend Bredaus verhaftet worden, sein gleichaltriger Vetter habe wegen der gleichen Tätigkeit über fünf Jahre im KZ Auschwitz zugebracht. Dr. Pierchalla: „Ich wurde wohl nur durch die Einberufung zur Wehrmacht getet.“

An seiner Einstellung, so Dr. Pierchalla, habe sich bis heute nichts geändert. Gleiche Erfahrungen habe er aber, u. a. in sowjetischer Gefangenschaft, auch mit dem Kommunismus machen müssen. Er trete daher gegen Rechts- wie Linksradikalismus ein und würde es begrüßen, wenn „Ratscherr Schäfer sein Mitstreiter“ würde. Konkret fragte der Oberbürgermeister den SPD-Ratscherrn, was er selbst im Kampf gegen den Neo-Nazismus bisher getan habe und ob er bereit sei, im Kampf gegen „K-Gruppen gleiche Maßstäbe anzulegen wie gegen Neonazisten“.

Wolfgang Schäfer erklärte anschließend, es habe ihm „völlig ferngelegen“, Dr. Pierchallas antirassistische Gesinnung in Zweifel zu ziehen. Es sei ihm vielmehr um die „Art und Weise gegangen, wie der Oberbürgermeister gelegentlich mit Bürgern umgeht.“ Er teile keinesfalls die ideologische Position von Kommunisten, müsse aber auch Kommunisten konzedieren, gegen Neonazisten öffentlich Stellung zu beziehen. Uneingeschränkt, so Schäfer, lege er gleiche Maßstäbe bei der Ablehnung von Neonazis und K-Gruppen an.

Diffamierung von 1.000 Bürgern als „Rotfaschisten“
„Münstersche Zeitung“ vom 9.2.1979

Aber noch nicht genug. Pierchalla griff noch tiefer in die Mottenkiste des Kalten Krieges und der Diffamierung von Antifaschisten: Er setzte Nazis und Linke gleich, indem er von „Rotfaschisten“ sprach, die ohnehin viel gefährlicher seien und die man ebenso bekämpfen müsse wie die Neonazis. Er schloß seinen Monolog mit der ungeheuerlichen Unterstellung, die Nazischmierereien könnten schließlich auch von Kommunisten angebracht worden seien, damit die Kommunisten einen Anlaß hätten, gegen angebliche Nazis vorzugehen.

Zu den einzelnen Forderungen mochte er sich allerdings nicht äußern. Er gab lediglich die persönliche Absichtserklärung ab, im Falle eines „Naziaufmarsches“ einzuschreiten.

RECHTS GLEICH LINKS? MÖRDER GLEICH OPFER?

Es spricht für sich, daß in Münster Bürger, die sich ernsthaft wegen der wachsenden neonazistischen Aktivitäten Gedanken machen, in den Verdacht geraten, Kommunisten zu sein, um sie so zu Bürgern zweiter Klasse abzustempeln, denen man ohnehin keinen Glauben schenken darf.

Die Gleichsetzung von Rechtsradikalismus und „Linksradikalismus“ erweist sich dabei zwar als uralte aber immer noch beliebte Methode der bewußten Verfälschung der Geschichte. Denn es waren Kommunisten und Sozialisten, die am entschiedensten vor einer Machtergreifung der Nationalsozialisten gewarnt haben und bereits in der Weimarer Republik aktiv dem Abbau demokratischer und sozialer Rechte entgegengetreten sind. Tausende von Kommunisten und Sozialisten waren die ersten politischen Gefangenen des nationalsozialistischen Regimes und viele von ihnen mußten in Zuchthäusern und Konzentrationslagern ihr Leben lassen.

Kommunisten und Sozialisten heute mit den Faschisten gleichsetzen zu wollen, hieße Mörder und Opfer auf eine Stufe zu stellen. In gefährlicher Weise erinnert die Gleichsetzung von „Sozialisten“ und „Faschisten“ an die jüngsten Äußerungen von Stoiber und

Strauß. So unsinnig diese Gleichsetzung ist, so durchsichtig ist ihre Funktion:

Sie dient einzig und allein dazu, historisch von den Verbrechen des Faschismus abzulenken und aktuell dazu, antifaschistisches Engagement zu verhindern und zu diffamieren. So beispielhaft in diesem Fall.

Hinzugefügt werden muß noch folgendes: Als die Nazis im Januar 1979, also knapp zwei Monate nach dem Gespräch mit Pierchalla, v o r d e m S t a d t h a u s eine Kundgebung beantragten, wurde ihnen diese genehmigt. OB Pierchalla schritt nicht ein, gab keine Stellungnahme ab. Vielleicht beginnt für ihn ein „Naziaufmarsch“ erst bei 100.000 - wenn es zu spät ist?



Kundgebung der neofaschistischen NPD und ihrer Jugendorganisation JN am 13.1.1979 vor dem Stadthaus in Münster

WN: NEONAZIS ALS MENSCHENRECHTLER

Während Demokraten und Antifaschisten dieser Stadt als Freunde der „Rotfaschisten“ abgestempelt werden, erfreuen sich stadtbekannte Nazis in der Münsteraner Presse wachsender Beliebtheit als „Menschenrechtler“. Unter dem herzerreißenden Titel „Kampf der Unmenschlichkeit“ brachten die WN im Juli 1979 einen längeren Bericht über einen Münsteraner Studenten, der mit zwei Kommilitonen angeblich eine Selbstschußanlage an der DDR-Grenze abgebaut haben soll. Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich dieser „Menschenrechtler“ als der Münsteraner Jungnazichef Michael Bolle, seines Zeichens Mitglied des Bundesvorstandes der JN, seine beiden Kumpane, Fischer und Vogel, ebenfalls als führende JN- und NPD-Funktionäre.

Original WN:

„Der erste Anstoß zur Aktion der drei jungen Leute kam von Michael Bolle. Als der Münsteraner vor einem halben Jahr zum ersten Male die Grenze mit eigenen Augen sah, war er erschüttert von der Unmenschlichkeit. (Vergl. WN 11.7.79)

Die drei Nazis versuchten mit Hilfe der demontierten Grenzsicherungsanlage die Europäische Kommission für Menschenrechte in Straßburg einzuschalten, um so eine Riesenpropagandashow gegen die DDR zu entfachen. Als die Kommission dies ablehnte, blieb nur noch der Weg zum Zweiten Deutschen Fernsehen. Löwenthals ZDF-Magazin brachte die „Gruselstory“ in einem 15-minütigem Beitrag.

Es ist schon mehr als Heuchelei, wenn ausgerechnet junge Nazis, die in der Tradition der Verbrechen des deutschen Faschismus stehen, Naziverbrechen verharmlosen, Münsteraner Bürger bedrohen und angreifen, plötzlich zu Kronzeugen für „Unmenschlichkeit“ an der DDR-Grenze aufgebaut werden.

Ein derartig provokatorisches Gaunerstück der Neonazis schadet nicht nur dem friedlichen Nebeneinander der beiden deutschen Staaten und der Entspannungspolitik, es bildet einen propagandistischen Baustein zur langfristigen Vorbereitung einer Aggression gegen die DDR.

Nazis wie Bolle, Fischer und Vogel sind keine Menschenrechtler! Sie sind Wölfe im Schafspelz. Es ist beschämend und bezeichnend zugleich für die WN und das ZDF, daß sie sogar auf Nazis zurückgreifen, um anti-kommunistische Emotionen schüren zu können.

Nicht diejenigen, die ständig vor den Taten der Neonazis in Münster warnen, werten diese auf, sondern jene, die ihnen Raum zur Selbstdarstellung geben und sie obendrein noch als besonders „aktive Demokraten“ verkaufen wollen.

Am Rande sein noch vermerkt, daß die gleiche Zeitung nur wenige Monate zuvor, am 12.12.1978, berichtet hatte, daß Michael Bolle auf der Jahreshauptversammlung der JN zum stellvertretenden Kreisvorsitzenden gewählt wurde und dem Bundesvorstand angehört.





Schaufensterauslage in der Buchhandlung im Bahnhof
H. Wieth am 1. Juni 1978

Zeitungsständer, Kiosk am Drubbel am 11. Mai 1978

KEINE RECHTSGRUNDLAGEN ZUM VORGEHEN GEGEN NEONAZIS?

Das von Münsteraner Behörden wie auch von dem Oberbürgermeister immer wieder zu hörende „Argument“ es beständen nicht genügend Rechtsgrundlagen, um gegen neonazistische Aktionen vorzugehen, erweist sich bei genauerer Betrachtung als falsch.

Die folgenden Rechtsvorschriften sind der Broschüre: Waffen SS in der Bundesrepublik (hrsg. vom Präsidium der VVN, Frankfurt 1978) entnommen:

GRUNDGESETZ ARTIKEL 139

Im Grundgesetz Artikel 139 heißt es:

„Die zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“

Mit diesem Artikel bezogen sich die Väter des Grundgesetzes auf die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die Proklamation Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates und das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrates.

POLITISCHE GRUNDSÄTZE DES POTSDAMER ABKOMMENS

Im Potsdamer Abkommen heißt es im III. Teil der politischen Grundsätze:

„Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten, alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind Sicherheiten zu schaffen, daß sie in keiner Form wieder aufstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen.“

Und im IV. Teil der politischen Grundsätze steht im 6. Abschnitt folgendes:

„Alle Mitglieder der nazistischen Partei, welche mehr als nominell an ihrer Tätigkeit teilgenommen haben, und alle anderen Personen, die alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen oder halböffentlichen Ämtern und von den verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen. Diese Personen müssen durch Personen ersetzt werden, welche nach ihren

politischen und moralischen Eigenschaften fähig erscheinen, an der Entwicklung wahrhaft demokratischer Einrichtungen in Deutschland mitzuwirken."

GESETZ NR.2 DES ALLIIERTEN KONTROLLRATES

Im 3.Abschnitt dieses Gesetzes steht:

„Die Neubildung irgendeiner der angeführten Organisationen (NSDAP, SA, SS u.a.d.V.) sei es unter dem gleichen oder unter einem anderen Namen ist verboten.“

Artikel 139 GG und die von den Alliierten erlassenen Rechtsvorschriften zur „Befreiung des Deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus“ würden also dem Stadtrat, dem OB, der Verwaltung und den Gerichten unserer Stadt Möglichkeiten einräumen, auch juristisch wirksamer gegen die Neonazis vorzugehen, wenn sie es wirklich wollten.

Entsprechende Bestimmungen im Strafgesetzbuch ermöglichen es auch den Strafverfolgungsbehörden, entschiedener gegen neonazistische Propaganda und besonders gegen die Versuche einiger skrupelloser Geschäftemacher, die nationalsozialistische Vergangenheit zu vermarkten, einzuschreiten.

Das „Gesetz zur Verhinderung der Verbreitung von jugendgefährdenden Schriften“ - das sind Publikationen, die zu Gewalt und Rassenhaß aufrufen oder den Krieg verherrlichen - bietet weitere rechtliche Möglichkeiten des Vorgehens gegen neonazistische Literatur. In anderen Paragraphen des Strafgesetzbuches der Bundesrepublik Deutschland sind antifaschistische Rechtsgrundsätze festgelegt.

Wir würden es begrüßen, wenn der Stadtrat und der OB auf dieser Rechtsgrundlage etwas unternähmen gegen die nach wie vor ungehinderte Verteilung der Nazi-Zeitschrift „Der Pfeil“ an den Schulen. Bisher sind die Reaktionen der politisch Verantwortlichen nur unter dem Stichwort „Systematische Verharmlosung und stillschweigende Duldung neonazistischer Umtriebe“ zusammenzufassen.

Die Fortsetzung von Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation wird bestraft

Dokument I, 12

STRAFGESETZBUCH
Bundesgesetzblatt Teil I, Seite 1445

§ 86. (Verbreitung verbotener Propagandamittel) (1) Wer Propagandamittel (. . .)

1. einer Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, oder von der unanfechtbar festgestellt ist, daß sie Ersatzorganisation einer solchen verbotenen Vereinigung ist,

3. einer Regierung, Vereinigung oder Einrichtung, außerhalb des räumlichen Geltungsbereichs dieses Gesetzes, die für die Zwecke einer der in den Nummern 1 und 2 bezeichneten Parteien oder Vereinigungen tätig ist, oder

4. Propagandamittel, die nach ihrem Inhalt dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen, im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes verbreitet oder zur Verbreitung innerhalb dieses Bereiches herstellt, vorrätig hält oder in diesen Bereich einführt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.

(2) Propagandamittel im Sinne des Absatzes 1 sind nur solche Schriften, Tonträger, Abbildungen oder Darstellungen, deren Inhalt gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist. (. . .)

§ 86 a. (Tragen oder Verbreiten von Abzeichen verbotener Parteien) (1) Wer im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes Kennzeichen einer der in § 86 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 bezeichneten Parteien und Vereinigungen öffentlich, in einer Versammlung oder in von ihm verbreiteten Schriften, Tonträgern, Abbildungen oder Darstellungen verwendet oder wer solche Kennzeichen in diesem Bereich verbreitet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.

(2) Kennzeichen im Sinne des Absatzes 1 sind namentlich Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen. (. . .)

Wer zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt, wird bestraft

Dokument I, 13

§ 130. (Angriff auf die Menschenwürde) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, die Menschenwürde anderer dadurch angreift, daß er

1. zum Haß gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt,

2. zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder

3. sie beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet,

wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Daneben kann auf Geldstrafe erkannt werden.

Bestimmungen aus dem Strafgesetzbuch, die sich gegen neonazistische Organisationen, ihre Verbreitung und Propagierung aussprechen.

ANTIFASCHISTEN VERURTEILT

Die Nachlässigkeit, mit der die Behörden unserer Stadt gegen neonazistische Umtriebe ermitteln, steht in einem bezeichnenden Kontrast zur Akribie und Strenge, mit der sie gegen Antifaschisten operieren:

Mitte Juli 1978 fand am Servatii-Hochhaus in Münster eine von Bund demokratischer Wissenschaftler und dem Arbeitskreis Umwelt durchgeführte Protestkundgebung gegen die Pläne der Landesregierung statt, in NRW noch mehr Atomkraftwerke zu bauen (Landesentwicklungsplan VI).

Für den gleichen Ort und zur gleichen Zeit hatte die Stadt Münster kurzfristig einer Gruppe von Alt- und Neonazis einen Informationsstand genehmigt. Offensichtlich spekulierte man von Seiten der Stadt bewußt auf eine Auseinandersetzung zwischen den beiden Gruppen, um dieses dann propagandistisch ausnutzen zu können. Die Kundgebungsteilnehmer gegen den Landesentwicklungsplan VI fühlten sich zu Recht provoziert, zumal der Stand der „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Hess“ den genehmigten Platz für die Abschlußkundgebung der Kernkraftwerkgegner versperrete. Es kam zu Auseinandersetzungen und von Seiten der Nazis zu Anzeigen gegen die zwei Kundgebungsteilnehmer Ewald Halbach und Christoph Matschinski. In der ersten Instanz verurteilte das Amtsgericht Münster die beiden wegen versuchter Nötigung in Tateinheit mit Sachbeschädigung zu einer Geldstrafe von 40 Tagessätzen zu je 40 bzw. 15 DM.

STAATSANWALT GING IN BERUFUNG

Dieses Urteil war jedoch Staatsanwalt Schrade noch zu milde. Er legte Berufung beim Landgericht Münster ein mit der Absicht, Halbach und Matschinski Landfriedensbruch anzulasten.

Im August 1979 fand die Berufungsverhandlung gegen die beiden Antifaschisten vor dem Landgericht statt. Die Proteste der demokratischen Öffentlichkeit hatten offenbar Wirkung gezeigt. In seinem Plädoyer bewies Rechtsanwalt Lederer die völlige Haltlosigkeit der Be-

hauptungen der Nazis. Staatsanwalt Mehlis sah sich deshalb gezwungen, den „Amtseifer“ seines Kollegen Schrader zu stoppen. Halbach und Matschinski mußten freigesprochen werden.

Weitere Prozesse gegen Mitglieder der antifaschistischen Arbeitskreises Münster, die gegen Kundgebungen und Informationsstände der JN und NPD protestiert haben, stehen aber in Münster, Rheine und Emsdetten noch an bzw. haben schon zu skandalösen Verurteilungen geführt.

Bezüglich der Verfolgung von neonazistischen Aktivitäten haben die Gerichte und Behörden nicht nur in Münster, sondern in ganz NRW bislang noch nicht viel vorzuweisen.



Neonazistische Provokation vor den Augen der Polizei am Servatii-Hochhaus im Juli 1978

VERFAHREN GEGEN NEONAZIS WERDEN EINGESTELLT

Die vom Justizministerium in NRW über den Zeitraum vom 1.1.75 bis zum Frühjahr 78 ausgewerteten Berichte der Staatsanwaltschaften zu 130 Verfahren gegen neonazistische Delikte ergeben folgen des:

- Lediglich sechs (!) Verfahren wurden durch rechtskräftiges Urteil oder Strafbefehl abgeschlossen.
- In 88 (!) Fällen wurden die Verfahren eingestellt (wegen Nichtermittlung der Täter angeblicher Nichtstrafbarkeit, unzureichendem Beweismaterials, geringfügigkeit etc.).

Die übrigen Verfahren sind aus anderen Gründen erledigt oder noch anhängig (Vergleiche Broschüre „Rechts- und Linksextremismus in NRW, 78“).

Ansichts dieser Fakten muß der Frankfurter Rundschau schon Recht gegeben werden, wenn sie schreibt: „Im Umgang mit Alt- und Jungnazis aller Art legen bundesdeutsche Gerichte viel Geduld und Nachsicht an den Tag. Die wohlwollende Behandlung der NS-Aktivisten durch die Gerichte der BRD macht aus den Strafverfolgern Paragraphentiger mit Samtklauen, die nicht gefürchtet, nicht einmal ernstgenommen werden.“ (FR 10.8.78). Auch der spektakulär aufgemachte Bückeburger Neonaziprozeß gegen die Kühnen-Bande kann hierüber nicht hinwegtäuschen.

Neonazis an der Uni

Im Wintersemester 1979/80 treten an der Universität Münster Neonazis offen auf: Bei der Kandidatur zu den 22. Studentenparlamentswahlen (SP-Wahlen) unter der Bezeichnung: „RFS“.

Was verbirgt sich hinter der harmlos klingenden Bezeichnung „Ring freiheitlicher Studenten“ (RFS)? In diesem „Ring“ haben sich die rechtsradikalen Burschenschaften Germania und Alemania (beide Mensuren schlagend) und die neofaschistische Organisation „Hochschulring Tübinger Studenten“ (HTS), deren Mitglieder Söldnerwerbung für das südliche Afrika betreiben, zusammengetan. Beziehungen des „RFS“ bestehen auch zur neofaschistischen Organisation der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die seit dem 30.1.1980 von Bundesinnenminister Baum verboten ist.

DER „RING FREIHEITLICHER STUDENTEN“ („RFS“)

Von ihrem Auftreten her geben sich die Neofaschisten des „RFS“ als seriöse, konservative Hochschulgruppe rechts vom RCDS. Der „RFS“-Mann Krump ist Vorsitzender der Initiative: „Studenten für Strauß“.

Leidenschaftlich kämpfen die Mitglieder des „RFS“ gegen die „roten Extremisten“, sind für Berufsverbote und für Ordnungsrecht, kurzum: für eine Bildungspolitik im Interesse einer konzerngesteuerten rechten Elite. So steht auf Seite 1 der „Leitgedanken des 'RFS' zur Bildungs- und Hochschulpolitik“:

„Ebenso unbestreitbar aber ist die von der Wissenschaft gemachte Feststellung, daß die Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur weitaus überwiegend anlagebedingt sind.“

Also, Arbeiterkinder runter von „RFS-Unis“! Der „RFS“ will an den Unis konservative Elite spielen. Was dabei zum Vorschein kommt, ist der fließende Übergang zu rechtsradikalen Positionen und neofaschistischen Organisationen.

Die Gruppe des „RFS“ in Münster wurde im Juli 1979 gegründet, und führende Mitglieder von RCDS und „RFS“ halten fortgesetzt Kontakt zueinander und stimmen ihre Aktivitäten aufeinander ab!

Zu den SP-Wahlen kandidierten 15 Studenten an neun Fachbereichen (Fb) für den „RFS“ - in Klammern ist der Listenplatz angegeben:

Am Fb Jura: Jörg G. Hüting (1), Dietrich Wüsteney (7), Gerrit Bratke (12), Klaus Jo. Lücken (14);

am Fb Medizin: Margarete Scheipers (6), Jürgen Meyer (8), Harald Bennefeld (15);

am Fb Wirtschaftswissenschaften: Wilfried Kluge (5), Ulrich Wlecke (9);

am Fb Mathematik: Martin Czeranski (13);

am Fb Publizistik: Alfried Grosse (11);

am Fb Germanistik: Willy Ochse (4);

am Fb Geschichte: Franz Kadell (3);

am Fb.Psychologie: Gabriele M. Vogel (2);

am Fb Geophysik: Helge Müller (10).

Der „RFS“ tritt ähnlich wie der „Pfeil“, dem Hauptpropagandamittel der Jung-Faschisten in Münster, in der Maske des harmlosen Biedermannes auf, wodurch er seine offen reaktionärsten Positionen verschleiern will.

Daß die Neonazis an der Universität Münster 1979 kandidierten, wurde vorbereitet durch ihr Auftreten innerhalb der Universität in den Jahren 1978-1980. Hier nur einige der neofaschistischen Aktionen dieser Zeit:

- 1978 tritt in einer Vorlesung am Philosophischen Seminar ein Faschist auf mit der Parole:

„Rotfront verrecke“.

- An der Universität tauchen Aufkleber „Solidarität mit Weiss-Afrika“ auf, was heißt: Unterstützung der Neofaschisten für ihre Gesinnungsgenossen des Rassistenregimes in Südafrika.
- Die FSV Germanistik erhält einen anonymen Schmähbrieff, in dem sie als „Marionetten der Machthaber in den kommunistischen Diktaturen“ bezeichnet wird.
- Der als Aktivist der NPD-Jugend berüchtigte Michael Bolle notiert in einer Veranstaltung des Professor Sigrist unter falschem Namen mögliche „belastende“ Äußerungen des Dozenten und verläßt eilends den Hörsaal, als er durch Kommilitonen erkannt und zur Rede gestellt wird.
- An die Wände des Seminars für Osteuropäische Geschichte werden im Januar 1980 neofaschistische Parolen an die Wände geschmiert.

DER „FALL WILHELM R.“

Während des Wahlkampfes selber wurden die Neonazis in ihrem Auftreten immer aggressiver:

So wurden am 23., 24. und 25. Januar 1980 im Universitätsbereich, in Wohnheimen und in Studentenwohngegenden Flugblätter verteilt, die kaum verklausuliert zur Gewaltjustiz gegen den Studenten Wilhelm R. aufrufen. Wilhelm R. wird in dem Flugblatt als „Ratte“ bezeichnet und das Blatt endet mit der Aufforderung:

„Man kann dem R. natürlich auch auf andere Art und weise klarmachen, was man von solchen Typen wie ihm hält.“...

Offen faschistisch ist die Beschimpfung eines Menschen als „Ratte“ - Die Nationalsozialisten bezeichneten die Menschen, die sie vernichteten, als „Ungeziefer“, das ausgerottet werden muß. (In dem Nazi-Propagandafilm „Der ewige Jude“ 1940, wird die jüdische Bevölkerung mit überall umherhuschenden Ratten verglichen.)

In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß sich einer solchen menschenunwürdigen Bezeichnungsweise F. J. Strauß bediente, als er 1969 protestierende Studenten als „Tiere“ bezeichnete, „auf die die Anwendung der für Menschen gemachten Gesetze nicht mehr möglich ist.“

Diejenigen, die zur Bekämpfung der „Ratten“ aufrufen, wollen sich selber mit der Heiligschein von „Menschenrechtlern“ umgeben.

DER „FALL KLAUS M.“

Welche „Art und Weise“ die Neonazis auf ihrem Flugblatt meinten, wurde am 24. Januar 1980 im Foyer des Fürstenberghauses deutlich:

Der Student Klaus M. wurde beim Flugblattverteilen von einem bekannten Neofaschisten niedergeschlagen und mit Fußtritten behandelt.

Der vor allem am Fachbereich Geschichte bekannte Student, immer schwarz gekleidet und eifriger Leser der „Nationalzeitung“ und zeitweises Mitglied des „RFS“ stürzte plötzlich auf Klaus M. los und schlug ihm gezielt mit der Handkante gegen die Kehle.

Mit Drohungen wie „Beim nächsten Mal ziel' ich besser“ oder „dann komm' ich mit mehr Leuten, dann geht's rund“, verließ der Neofaschist das Fürstenberghaus. Klaus M. mußte sich ärztlich untersuchen lassen.

VERHARMLOSUNG DES FASCHISMUS

Bei ihrem Bemühen viele Jugendliche zu gewinnen, bedienen sich die Neonazis vor allem der Methode, den deutschen Faschismus falsch darzustellen:

Auf einer Veranstaltung des „RFS“ am 18.1.1980 sprach der „RFS“-Redner Professor Nitsche in verharmlosender und irreführender Weise über Hitler und den deutschen Faschismus.

So bezeichnete Nitsche Hitler als „asketischen Vegetarier“, der sich „ganz den Ideal des deutschen Volkes“ verschrieben habe. Außerdem behauptete

... UND DANN KAMEN 1933
VIELE BRAUNE LEBEWESSEN
AUS DEM WELTALL, MORDETEN UND
BRANDSCHATZTEN ÜBERALL
UND VERSCHWANDEN 1945
WIEDER VON DER ERDE.....



Vergangenheitsbewältigung

te er, daß der Film „Holocaust“ über die Judenvernichtung durch die deutschen Faschisten eine „Dif-famierung des deutschen Volkes“ sei und daß das Kon-zentrationslager Dachau, in dem Hunderttausende von Menschen ermordet wurden, lediglich eine „Attrappe“ der späteren amerikanischen Befreiungstruppen war. Als „Quelle“ hierfür nannte der Redner das mehr als zwei-felhafte Werk des Geschichtsprofessors Hellmut Diwald. Seit Jahren bemühen sich die Studenten zusammen mit der Fachschaftsvertretung am Historischen Seminar, daß dieses Buch zusammen mit anderen Büchern offen faschi-stischer Prägung als solche kenntlich gemacht bzw. aus dem Historischen Seminar entfernt wird. So z.B. auch eine dreibändige Geschichte der Waffen-SS, die eine Verherrlichung des „Wirkens“ dieser wohl größten Terrororganisation der deutschen Geschichte darstellt.

Für die Neonazis an der Uni gilt: Noch hat der „RFS“ keinen Sitz im Studentenparlament. Die demokra-tischen Kräfte können aber nur verhindern, daß er an Einfluß gewinnt, wenn sie rechtzeitig und umfassend über diese Neonazis und ihre Ziele aufklären und ihnen keinen Fußbreit Boden an der Universität überlassen. Die neonazistischen Kräfte Münsters stellen sich sel-ber in die direkte Nachfolge des deutschen Faschismus und damit derjenigen, die verantwortlich sind für die brutale Verfolgung und den Mord an politisch Anders-denkenden und rassischen oder religiösen Minderheiten, für die Zerschlagung der Gewerkschaften, für die Ent-fesselung des Zweiten Weltkrieges.

Die VVN-Bund der Antifaschisten stellt sich vor

Die VVN wurde 1947 - zwei Jahre nach der bedingungslosen Kapitulation der Nazidiktatur - gegründet. In ihr vereinigten sich zunächst Menschen, die aus politischen, rassistischen und religiösen Gründen in der Nazizeit verfolgt wurden. Von Anfang an ging es der VVN darum, an der Erreichung von folgenden Hauptzielen mitzuwirken:

- Ausrottung des Faschismus und Militarismus mit ihren Wurzeln
- Aufbau eines demokratischen und friedliebenden Staates.
- Erziehung der jungen Generation im Geiste des Vermächtnisses des Widerstandes
- Interessenvertretung der Widerstandskämpfer, Verfolgten und ihrer Hinterbliebenen

Die VVN - Bund der Antifaschisten hat die Lehren aus der bitteren Vergangenheit gezogen. Faschismus kann und darf nicht erst bekämpft werden, wenn er mächtig geworden ist. Er muß heute in seinen Ansätzen, in seinen aktuellen Verkleidungen erkannt und angegangen werden. Der Kampf gegen jegliche Tendenz des Faschismus muß gemeinsame Sache aller Antifaschisten sein.

Darum arbeiten in der VVN Menschen unterschiedlicher Herkunft und Weltanschauung zusammen.

In den letzten Jahren haben sich überall auch zahlreiche junge Menschen der VVN angeschlossen, die sich für eine antifaschistische und friedliche Entwicklung unseres Landes einsetzen wollen.

In der Kreisvereinigung Münster-Münsterland arbeiten alte Widerstandskämpfer und junge Antifaschisten zusammen. Jeder Interessent, jeder neue Mitarbeiter und jedes neue Mitglied ist herzlich willkommen!

Die VVN trifft sich regelmäßig alle zwei Wochen, dienstags, 18-20 Uhr in der Katholischen Studentengemeinde, Frauenstraße 3-7. Die genaueren Termine werden durch Aushang in der KSG bekannt gemacht oder sind bei der im Impressum genannten Kontaktadresse zu erfragen.

Wir bitten die Beilage der DEUTSCHEN VOLKSZEITUNG zu beachten!

LITERATUR

Neofaschismus/Hitlerwelle/Rechtsentwicklung

a) Antifaschistisch-historische Bücher

Altmann u. a.: Der deutsche antifaschistische Widerstand

Bildband mit vielen Dokumenten und Texten
Röderberg-Verlag, Frankfurt 1978, 42,- DM

Bringmann: Kindermord am Bullenhuserdamm

SS-Verbrechen und medizinische Versuche an Hamburger Kindern
Röderberg-Verlag, Frankfurt 1978, 5,- DM

Bachmann/Reckert: Die Wahrheit über Hitler

Kurt Bachmann, Kommunist und ehemaliger Insasse in Konzentrationslagern setzt sich im Gespräch mit Wilfried Reckert mit dem Hitlerfaschismus auseinander. Er beweist u.a. die Zusammenarbeit und Unterstützung Hitlers durch Konzerne.
Weltkreis-Verlag, Dortmund 1978, 9,80 DM

Heinz Brüdigam: Das Jahr 1933. Terrorismus an der Macht.

Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main, 136 Seiten, 9,- DM
Die beste Einführung zum Thema. In knappen, verständlichen und übersichtlichen Beiträgen wird die Entwicklung der Jahre 1932/33 geschildert. Zahlreiche wichtige Dokumente im Anhang. Für das Selbstlesen und gemeinsame Lernen in Gruppen (Schule!) hervorragend geeignet.

Carlebach: Hitler war kein Betriebsunfall

Eine Auseinandersetzung mit Person, politischem Aufstieg und Plänen Hitlers
Röderberg-Verlag, Frankfurt 1978, 9,- DM

Czichon: Wer verhalf Hitler zur Macht

Zum Anteil der deutschen Industrie an der Zerstörung der Weimarer Republik
Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, 9,80 DM

Elling: Frauen im deutschen Widerstand

Über die Aktivitäten antifaschistischer Frauen 1933-1945
Röderberg-Verlag, Frankfurt 1978, 19,- DM

Abendroth/Düx u.a.: Der antifaschistische Auftrag des Grundgesetzes.

Röderberg-Verlag, Frankfurt/Main, 64 Seiten, 2,50 DM
Diskussionsbeiträge von einer Veranstaltung zum 25. Jahrestag des Grundgesetzes. Wichtige Argumente. Im Anhang nützliche Zusammenstellungen antifaschistischer Artikel aus der Bundes- und mehreren Landesverfassungen.

Hannsmann: Aufzeichnungen über Buchenwald

Ein Bildband mit Dokumenten und erklärenden Texten über das Konzentrationslager Buchenwald
Röderberg-Verlag, Frankfurt 1978, 25,- DM

Kühnl: Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten

Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1978. 9,80 DM

KZ - Von Dachau bis Auschwitz

Dokumente und Beweise über den Umfang der KZ und die bestialischen Verbrechen
Röderberg-Verlag, Frankfurt 1979, 9,- DM

Kennzeichen J

Bilder, Dokumente und Berichte zur Verfolgung und Vernichtung der deutschen Juden von 1933 bis 1945
Röderberg-Verlag, Frankfurt 1979, 24,- DM

Das Braunbuch

Über Reichstagsbrand und Hitlerterror
Ein Original-Nachdruck von 1933
Röderberg-Verlag, Frankfurt 1978, 15,- DM

Sauer: Die Verbrechen der Waffen-SS

mit Anhang: SS und Bundeswehr
Röderberg-Verlag, Frankfurt 1977, 3,- DM

b) aktuelle Bücher über Neonazismus

J. Berlin/D. Joachim u.a.: Was verschweigt Fest?

Dokumente zum Hitler-Film
Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln, 216 Seiten, 9,80 DM
Einer kurzen, sehr brauchbaren Analyse der Machart des Films folgt eine ausführliche Dokumentation darüber, wie der Fest-Film in den Zeitungen der BRD besprochen wurde.

Boßmann: Was ich über Adolf Hitler gehört habe

Auszüge aus Schüleraufsätzen
Frankfurt 1977, 7,80 DM

Broder u.a.: Deutschland erwacht

Beiträge zum Neonazismus mit vielen Dokumenten
Lamuv-Verlag, Bornheim 1978, 19,80 DM

Meyer/Rabe: Unsere Stunde, die wird kommen

Eine Auseinandersetzung über Rechtsextremismus unter Jugendlichen, mit vielen Abbildungen
Lamuv-Verlag, Bornheim, 1979, 16,80 DM

Pomorin/Junge: Die Neonazis

Ein Enthüllungsreport über die Aktivitäten der neonazistischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ um Michael Kühnen.
Weltkreis-Verlag. Dortmund, 1978, 7,80 DM

Pressedienst Demokratische Initiative

Der PDI hat eine Vielzahl Bücher und Broschüren zu Rechtsentwicklung und Neonazismus herausgegeben. Hier einige Titel:

- Rechtsradikale Jugendorganisationen 3,- DM
- Eine Stadt wehrt sich - antifaschistische Aktivitäten am Beispiel Mannheim 3,- DM
- Bericht über neonazistische Aktivitäten 1978, 6,60 DM
- Das Urteil von Mannheim - NPD nicht verfassungsfeindlich 3,- DM
- Rechtstendenzen in der Bundesrepublik 6,60 DM

Neofaschismus - Die Rechten im Aufwind

Verschiedene Beiträge über Neofaschismus
Sozialpolitischer Verlag, Westberlin 1979

FÜR ANTIFASCHISTISCHEN UNTERRICHT GEEIGNETE FILME

Neofaschismus und Hitler-Welle

NAZIS - GIBT'S DIE NOCH?

ca. 80 Min

Regie: Ulrich Leinweber, 16mm, s/w, 1978

Verleih: VVN-Bund der Antifaschisten, Rossertstr.4

6000 Frankfurt, Tel. 0611/ 72 76 49

Rechtsradikale und neonazistische Gruppen in der Bundesrepublik. Dokumentarfilm

33 JAHRE DANACH

15 Min

Regie: Karl-Heinz Walloch/Harald Meinke, 16 mm s/w 1978

Verleiht Landesbildstelle (Tel. 5499-1) Sig

Dokumentation über die gegenwärtige Hitler-Nostalgie in der Bundesrepublik. Dokumentarfilm (als Einstieg geeignet)

WOTANS ERBEN, RECHTSRADIKALE JUGEND IN DER BUNDESREPUBLIK

ca 45 Min

Regie: Rolf Bringmann/Dirk Gerhard WDR 1977

Verleih: MPZ (Medien-Pädagogisches Zentrum), Thadenstr. 130 a, 2 Hamburg 50; Tel.: 439 72 59

Die Autoren haben vor allem dokumentiert die beiden neofaschistischen Organisationen „Bund Heimattreuer Jugend“ und „Wi-king-Jugend“. Dokumentarfilm

VERKAUFSSCHLAGER HITLER? DIE HITLERWELLE UND WAS SIE BEDEUTEN KANN

40 Min

Regie: Otto Wilfert, ZDF 1978 (Sendung vom 10.1.78) Verleih: MPZ (s.o.)

HITLERWELLE - BEITRÄGE AUS DIREKT

30 Min

Fernsehufzeichnung 1978 Verleiht MPZ (s.o.)

Themen: Rockoper „Der Führer“; Befragung von Schulklassen zum Neofaschismus; antifaschistische Arbeitskreise in Osnabrück und Dortmund

Entleihstelle: UNIDOC GmbH, Dantestraße 29, 8000 München

Kennen Sie Kappler? Farbe 50 Minuten

Der Dokumentarfilm (1977) bringt Eindrücke vom CSU-Parteitag und von „Heimkehrfeierlichkeiten“ in Soltau, dem Heimatdorf des ehemaligen SS-Obersturmbannführers Kapplers nach seiner Flucht aus dem italienischen Gefängnis. Er zeigt auch eine militärische Übung der Wehrsportgruppe Hoffmann.



Oppenheimer u. a.

Als die Synagogen brannten

Zur Funktion des Antisemitismus gestern und heute
156 Seiten, mit zahlreichen Abb. und Dokumenten
9,- DM



Karl Sauer

Die Verbrechen der Waffen-SS

88 Seiten, kartoniert,
4,- DM
Eine aktuelle Dokumentation angesichts heutiger SS-Treffen und der Versuche zur Rehabilitation der SS



Braunbuch über Reichstagsbrand und Hitlerterror

388 Seiten, kartoniert,
15,- DM
Originalgetreuer Nachdruck des legendären „Braunbuches“ aus dem Jahre 1933



Emil Carlebach

Hitler war kein Betriebsunfall

Hinter den Kulissen der Weimarer Republik: Die vorprogrammierte Diktatur
132 Seiten, kartoniert,
9,- DM



Altman u. a.

Der deutsche antifaschistische Widerstand 1933-1945

Das Standardwerk
366 Seiten, Großformat,
einen mit Schutzumschlag
DM



RÖDERBERG-VERLAG

Postfach 4129 · 6000 Frankfurt 1

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden. Bei Bestellung ab 50,- DM portofreie Lieferung.

Ich bestelle

Autor Titel Preis

- Ex.
- Ex.
- Ex.
- Ex.
- Ex.

.....
Name

.....
Straße, Nr. PLZ, Ort

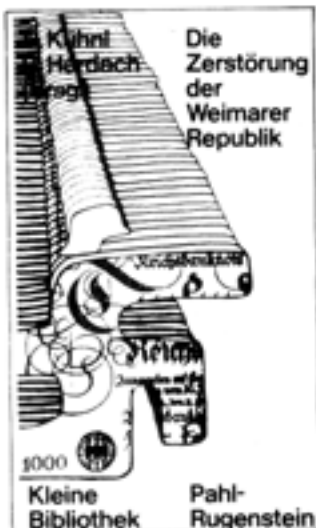
.....
Datum Unterschrift

Karl-Liebknecht- Buchhandlung

Steinfurter Straße 15
Telefon (0251) 28077
4400 Münster

collectiv

literatur



Ulrike
Hörster-
Philipps

Wer war Hitler
wirklich?
Großkapital und
Faschismus
1918-1945
Dokumente



Eberhard
Czichon

Wer verhalf
Hitler
zur Macht?

Zum Anteil
der deutschen
Industrie an
der Zerstörung
der Weimarer
Republik



IMPRESSUM:

Verantw.: Vereinigung der Verfolgten des
Naziregimes (VVN) - Bund der
Antifaschisten Münster

MÜNSTER MÜNSTERLAND

Kontaktadresse: Ulrike Hörster-Philipps
Baumberg 1
4405 Nottuln

Fotos: Arbeiterfotografie - Münster
Umschlag: Didi Kröhn

Druck: Fa. Hartmann, Ahaus, 1. Auflage
Februar 1980

Preis: 2,50 DM

Rekonstruktion: (c) 2010

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschistinnen
und Antifaschisten, Münster, c/o ESG, Breul 43, Münster

Mitmachen - Mitarbeiten - Mitkämpfen - Mitglied werden!

VVN heißt „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“, der Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg. Auch wenn Sie nicht zu dieser Gruppe von Menschen zählen, sollten Sie in unserer Organisation mitarbeiten und Mitglied werden. Denn die VVN hat sich inzwischen – aus politisch zwingenden Gründen – fortentwickelt zum

Bund der Antifaschisten

Wir führen den aktuellen Kampf gegen reaktionäre Fehlentwicklungen in unserem Land, gegen jede Tendenz und Erscheinungsform eines neuen Faschismus, gegen Militarismus und weiteren Abbau der demokratischen Rechte – für Rüstungsstopp und Friedenssicherung, für die Verteidigung der demokratischen Rechte unserer Verfassung und für Demokratisierung aller Bereiche der Gesellschaft.

Unser Land braucht Antifaschisten.

Zahlreiche junge Leute und Angehörige der mittleren Generation wurden inzwischen Mitglied der VVN – Bund der Antifaschisten und arbeiten zusammen mit den erfahrenen Widerstandskämpfern von damals.

- **Jeder Antifaschist kann Mitglied werden – gleichgültig welchen Alters, welcher Weltanschauung und welcher Parteizugehörigkeit.**

